

Generalsekretär Peter Hintze:

# Unsere Chancen in Hessen stehen gut

Die politische Planung für das Jahr 1995 stand am 3. und 4. Februar auf der Tagesordnung der traditionellen Klausurtagung des Bundesvorstands, die in diesem Jahr wieder in Windhagen bei Bonn stattfand. Zentrales Thema, mit dem die CDU den Wählerauftrag erfüllen will, der ihr mit der gewonnenen Bundestagswahl gegeben worden ist: **Modernisierung Deutschlands.**

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem thüringischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel am 4. Februar im Konrad-Adenauer-Haus erläuterte Generalsekretär Peter Hintze die Ergebnisse der Beratungen und stellte als die wichtigsten Termine des neuen Jahres die Landtagswahlen in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bremen, den 7. Parteitag der CDU vom 15. bis 18. Oktober in Karlsruhe und nicht zuletzt die Feier des 50. Geburtstages der CDU im Sommer heraus.

Auch wenn es im Jahre 1945 nicht nur einen einzigen Gründungsort und Gründungstermin gegeben hat, wird die CDU einen zentralen Festakt begehen, der am 28. Juni im Berliner Schauspielhaus stattfinden soll. Eine Reihe weiterer Veranstaltungen soll nach dem Willen des Bundesvorstands bundesweit und dezentral — auch auf Kreisverbandsebene —

(Fortsetzung auf Seite 2)

## HEUTE AKTUELL

### ● Bundesvorstand

Nur eine Strukturreform der ARD kann deren Bestand sichern. Beschluß auf der Klausurtagung in Windhagen. Seite 4

### ● Sachsen-Anhalt

Wenn Magdeburg Modell würde: Wirtschaftspolitik findet nicht statt. Seite 10

### ● Hessen

Was Hans Eichel von Abmachungen hält. Seite 12

### ● Sozialdemokraten

Reinhard Göhner: Vertuschungstroika Rau, Bahr und Vogel muß endlich auspacken. Seite 15

### ● Forum in Davos

Wolfgang Schäuble: Das Modernisierungstempo unserer Wirtschaft muß erhöht werden. Seite 22

## Dokumentation

Barschels Fall. Die doppelte Handschrift der Kieler Affäre: ein Betrug, von der Welt anerkannt und gewürdigt. Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

stattfinden. Materialien dafür sind in Vorbereitung und werden rechtzeitig vorgestellt.

### Ausgesprochen optimistisch vor den Wahlen in Hessen

In die Endphase des Landtagswahlkampfes in Hessen geht die CDU — so der Generalsekretär — ausgesprochen optimistisch, zumal die Erklärungen des SPD-Ministerpräsidenten Eichel zum Solidariätszuschlag zeigen, daß die SPD begriffen hat, wie sehr sich ihre Aussichten auf einen Wahlerfolg inzwischen verschlechtert haben.

Obwohl Eichel nach gründlicher Diskussion der Einführung des Solidariätszuschlags zugestimmt habe, werde kurz vor dem Wahltermin in den Anzeigen der hessischen SPD der verzweifelte und unseriöse Versuch unternommen, Egois-

mus zu mobilisieren und von der gemeinsamen Bewältigung der deutschen Einheit abzurücken.

Peter Hintze: „Wir hoffen, daß die hessischen Wählerinnen und Wähler am 19. Februar einem solchen unsolidarischen Verhalten die entsprechende Quittung verpassen werden.“

Zum aktuellen Thema ARD wollte der Generalsekretär dem thüringischen Ministerpräsidenten nicht vorgreifen, schickte dessen Erläuterungen aber den folgenden Grundsatz voraus:

### ARD kein reformfreier Raum

„Die ARD ist für uns kein reformfreier Raum. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß sich genau so wie alle anderen Bereiche in Wirtschaft und Gesellschaft auf den Prüfstand stellen und nach der Notwendigkeit von Reformen fragen lassen.“

## 7. Parteitag der CDU in Karlsruhe

Der 7. Parteitag soll vom 15. bis 18. Oktober in der Schwarzwald-Halle in Karlsruhe stattfinden.

Geplanter Ablauf:

### So., 15. Oktober:

Bundesvorstand, Delegiertentreffen.

### Mo., 16. Oktober:

Berichte, Diskussion, Leitantrag zur Außenpolitik (insbesondere europäische Integration, europäische Sicherheitsarchitektur, Rolle Deutschlands)

### Di., 17. Oktober:

Leitantrag „Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“ (insbesondere Schwerpunktthema Erneue-

rung: Modernisierung des Standortes, Umbau des Sozialstaates, Verwaltungsreform)

### Mi., 18. Oktober:

Leitantrag, „Moderne Parteiarbeit“ Strukturänderungen zur organisatorischen Erneuerung der CDU.

### ● 40 Jahre Bundeswehr

Zum Thema 40 Jahre Bundeswehr ist eine bundesweite Aktion der CDU vorgesehen. Das Jubiläumsdatum ist der 12. November.

Ministerpräsident Bernhard Vogel:

## Unser Ziel ist die Reform der ARD und nicht deren Abschaffung

**Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative der Ministerpräsidenten Biedenkopf und Stoiber zur Strukturreform der ARD, und wir halten eine Diskussion über die zukünftige Struktur dringend notwendig.**

Die Heftigkeit und Unüberlegtheit der Reaktionen macht uns deutlich, daß die Diskussion notwendig ist, sonst würde man gelassener und sachbezogener argumentieren. Von Dolchstoß ist die Rede, von Beschränkung der Meinungsfreiheit.

Unsere Vorschläge befassen sich aber nicht mit dem Programm und nicht mit dem Inhalt, sondern ausschließlich mit den Strukturen, und wir möchten, daß weitere vernünftige Vorschläge in dieser Diskussion gemacht werden, sie aber nicht mit Verbalinjuriën bestritten wird.

Vor über zwölf Jahren war es die CDU, die nach einer ähnlich heftigen Diskussion mit großer Mühe eine Änderung der Rundfunkstaatsverträge durchgesetzt hat, um privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten die Erprobung zu ermöglichen.

Zwölf Jahre später, nachdem die Privaten auf dem Markt sind und niemand mehr

um deren Existenz Sorge haben muß, gibt es gute Gründe, nun auch die Zukunft der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten zu sichern. Wir entfachen diese Diskussion nicht, weil wir die Öffentlich-Rechtlichen gefährden wollen, sondern weil wir sie für die Zukunft sichern wollen.

Die wichtigsten Gründe dafür sind: Vor zehn Jahren gab es zwei Programme. In fünf Jahren wird, wenn sich nichts ändert, jedermann in Deutschland mehr als ein Dutzend öffentlich-rechtlicher Programme empfangen können. Es gibt inzwischen über fünfzig öffentlich-rechtliche Hörfunkprogramme, und deren Sendezeiten verlängern sich ständig.

Die Gebühren erhöhen sich ständig und die Werbeeinnahmen der Öffentlich-Rechtlichen gehen ständig zurück. Das kann ja wohl so nicht bleiben.

Als weiterer Grund kommt noch hinzu: Revolutionäre technische Veränderungen stehen bevor, auf die wir uns rechtzeitig einstellen müssen.

Unser Ziel ist die Reform der ARD und nicht deren Abschaffung.

### Peter Hintze: Gericht keine Bühne für Reality-TV

*„Wir lehnen als Christlich Demokratische Union die Einführung eines Gerichtsfernsehens oder der rechtlichen Möglichkeit ab, aus Gerichtssälen zu übertragen, wie wir das derzeit in Amerika erleben. Der Gerichtssaal*

*eignet sich nicht als Bühne für Reality-TV. Es ist ein Gebot des Persönlichkeitsschutzes und auch der unbeeinflussten Gerichtsverhandlung, daß wir uns so etwas in Deutschland ersparen.“*

# Nur eine Strukturreform der ARD kann deren Bestand sichern

**Der CDU-Bundesvorstand begrüßt die Initiative der Ministerpräsidenten Biedenkopf und Stoiber zur Strukturreform der ARD. Unser erklärtes Ziel ist die Reform der ARD und nicht — wie Vertreter der ARD jetzt behaupten — deren Abschaffung.**

Die Reform der ARD muß die in unserer Verfassung verankerten Grundsätze des Föderalismus im öffentlich-rechtlichen Hörfunk und Fernsehen sichern. Die Gleichwertigkeit einzelner Landesrundfunkanstalten muß wiederhergestellt werden. Im Interesse der Meinungsvielfalt im öffentlich-rechtlichen Bereich müssen in der ARD wieder leistungsfähige Sender eine Rolle spielen, die nicht durch eine Anstalt beherrscht werden.

Eine solche grundlegende Strukturreform der ARD ist auch deshalb notwendig, weil eine ständig weitere Erhöhung der Hörfunk- und Fernsehgebühren gegenüber dem Gebührenzahler unverträglich ist und eine Ausdehnung der Werbezeiten im öffentlich-rechtlichen Bereich nicht in Frage kommen kann. Zu der notwendi-

gen Strukturreform gehört die Konzentration des öffentlich-rechtlichen Hörfunks und Fernsehens auf seine spezifischen Aufgaben (Grundversorgung) und damit die Reduzierung der Vielzahl der Programme. Ständig steigende Kosten bei gleichzeitig schwindenden Marktanteilen der ARD sind eine auf die Dauer nicht hinnehmbare Kombination. Wenn die

## Beschluß des Bundesvorstandes auf seiner Klausurtagung am 3. Februar in Windhagen

Politik jetzt nicht die Kraft zum Handeln aufbringt, werden die vielen offenen Probleme der ARD und auch des ZDF sowie die unübersehbaren Fehlentwicklungen in einigen Jahren zu massiveren Einschnitten zwingen, als sie heute bei einer vorausschauenden Neuordnung notwendig sind.

Nur die notwendige, umfassende Strukturreform der ARD kann ihren Bestand für die Zukunft sichern.

## Kurzschluß in der Bremer „Ampel“

*Die Bremer „Ampel“ hat schon so manchen Wackelkontakt überlebt, aber diesmal ließ sich der totale Stromausfall nicht mehr verhindern. Zu groß war der Frust aller Beteiligten über das ständige Hickhack, die dauernden Machtkämpfe, Intrigen und faulen Kompromisse. Die größte Sprengkraft ging von der FDP aus. Sie suchte offenbar schon lange nach einem Anlaß, um das glücklose Dreierbündnis möglichst*

*publikumswirksam verlassen zu können. Dabei haben die Liberalen manches für ihre Wirtschaftsklientel erreicht oder zumindest aus deren Sicht Schlimmeres verhütet. Aber da der Ruf der Ampelkoalition insgesamt katastrophal ist, scheint der angeschlagenen FDP ein Ausstieg in letzter Sekunde taktisch klüger zu sein als ein Durchhalten bis zum bitteren Ende.*

**General-Anzeiger, Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Neustrukturierung der ARD muß die Vormacht des WDR beenden

**Zu den Ergebnissen der Intendanten-Konferenz der ARD am 1. Februar erklärte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl:**

Die Stellungnahme der Intendanten-Konferenz der ARD zu den Vorschlägen der Ministerpräsidenten Stoiber und Biedenkopf über die Zukunft der ARD wird in keiner Weise der Tatsache gerecht, daß eine weitere Erhöhung der Rundfunk- und Fernsehgebühren künftig aus einer Vielzahl von politischen Gründen nicht in Frage kommen kann. Dies gilt genauso für eine Ausdehnung der Werbezeiten im öffentlich-rechtlichen Bereich. Gerade deshalb ist eine grundlegende Strukturreform der ARD unvermeidlich.

Diese Neustrukturierung der ARD muß die in unserer Verfassung verankerten Grundsätze des Föderalismus im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens sichern. Sie muß die in den vergangenen Jahrzehnten entstan-

dene dominierende Machtposition des WDR in der ARD beenden. Es geht nicht — wie Vertreter der ARD jetzt behaupten — um eine Abschaffung der ARD, sondern um eine Reform, die die Gleichwertigkeit einzelner Landesrundfunkanstalten wiederherstellt. Im Interesse der Meinungsvielfalt im öffentlich-rechtlichen Bereich müssen in der ARD wieder leistungsfähige Sender eine tragende Rolle spielen, die nicht von der Machtposition des WDR beherrscht werden.

Aus diesem Grund sind die Überlegungen der Ministerpräsidenten Stoiber und Biedenkopf zur Strukturreform der ARD grundsätzlich richtig. Ihre Absicht, den bestehenden Rundfunkstaatsvertrag zu kündigen, wenn eine solche grundlegende Reform am Widerstand der Ministerpräsidenten der SPD scheitern sollte, findet meine nachdrückliche Unterstützung. Ich begrüße die vom Vorsitzenden der ARD, Professor Scharf, erklärte Bereitschaft, mit den Ministerpräsidenten über die Strukturreform zu sprechen.

## PDS bleibt PDS

**Zum Berliner Parteitag der PDS erklärte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union, Michael Hahn:**

Vergangenheitsaufarbeitung light und den Umgang mit der Geschichte zum Sparpreis: Nur das hat die PDS auf ihrem Parteitag dem mehr oder weniger staunenden Publikum geliefert. Jeder Beschluß über Stalinismus ist

Makulatur, solange Wahlfälscher, Ehreuvorsitzende und Lehrer des MfS Vorstandsmitglieder dieser Partei sind. Ein gut inszeniertes Spektakel um Sarah Wagenknecht mit sicherem Ausgang macht die PDS nicht zur demokratischen Partei. Die Realität der SED-Nachfolger besteht aus Fasten gegen die Steuer, Finanzskandalen am laufenden Band und verantwortlichen Kadern der letzten deutschen Diktatur auf allen Ebenen.

# Union will schlanke ARD. SPD verdreht die Fakten

**Zu den Angriffen der SPD gegen Bundeskanzler Helmut Kohl wegen dessen Äußerungen zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Wolfgang Schäuble:**

Die Angriffe der SPD auf Bundeskanzler Helmut Kohl sind an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten und im Vokabular unterste Schublade. Der Parteivorsitzende der CDU hat mindestens das gleiche Recht, sich zur Frage einer Reform der ARD zu äußern wie der Bundesgeschäftsführer der SPD.

„Ungeheuerlich und skandalös“ ist nicht, wie Herr Verheugen meint, das Verhalten des Bundeskanzlers, sondern die Tatsache, daß die SPD sich unter völliger Verdrehung der Fakten jeder sachlichen Diskussion um eine gesicherte Zukunft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verweigert. Denn es geht weder um eine „Zerschlagung“ der ARD noch um einen „parteipolitisch motivierten Angriff auf die Meinungsfreiheit“. Beides istbarer Unsinn. Es geht vielmehr um die Frage, unter welchen Bedingungen das gebührenfinanzierte Rundfunk- und Fernsehsystem nach Maßgabe des Bundesverfassungsgerichts seine Aufgaben weiter

erfüllen kann. Nicht mehr und nicht weniger.

Jedenfalls ist für CDU und CSU klar, daß ein Drehen an der Gebührenschaube sicher den Verdruß der Gebührenzahler mehrt, aber keineswegs einen effizienten Mitteleinsatz fördert. Auch SPD-Ministerpräsidenten sollten eigentlich wissen, wieviel öffentliche Gelder in den Rundfunk- und Fernsehanstalten verschwendet werden und wieviel bürokratischer und journalistischer Leerlauf dort produziert wird. Die Union ist für ein föderalistisch organisiertes öffentlich-rechtliches Rundfunksystem. Sie ist aber zugleich auch für eine schlanke ARD.

## Machtkartell fühlt sich bedroht

Nicht der diese Diskussion führt, gefährdet den Fortbestand der ARD, sondern derjenige, der ihr nach der Methode „Haltet den Dieb“ ausweicht. Das Getöse der Sozialdemokraten samt der verbalen Entgleisungen von Schröder bis Verheugen läßt nur einen Schluß zu: Hier wird kein edler Kampf zur Verteidigung der Rundfunkfreiheit geführt. Hier bellen getroffene Hunde, nämlich die, die um ihr öffentlich-rechtliches Machtkartell bei Rundfunk und Fernsehen fürchten.

## Erstmals eine Frau an der Spitze einer Technischen Uni

Erstmals wird eine Technische Universität in Deutschland von einer Frau geführt. Professor Dagmar Schipanski, 51jährige Expertin für Festkörperelektronik und Mitglied im Wissenschaftsrat der Bundesrepublik, steht seit Ende Januar als Rektorin an der Spitze der Technischen Universität (TU) in Ilmenau.

# Kräftiger Aufschwung – Mehr Arbeitsplätze – Stabile Preise

**Der Aufschwung gewinnt an Fahrt. In diesem Jahr wird unsere Wirtschaft in ganz Deutschland um 3 Prozent wachsen, in Ostdeutschland sogar um 8 bis 10 Prozent.**

Damit tritt auch am Arbeitsmarkt eine deutliche Wende ein: 300.000 zusätzliche Arbeitsplätze werden in 1995 neu geschaffen, und zwar in etwa gleich verteilt auf West- und Ostdeutschland.

**Die Preise bleiben stabil:** Die Preise werden in diesem Jahr nur noch um etwa 2 bis 2,5 Prozent ansteigen. Fest steht: Eine solide Finanzpolitik mit niedriger Inflationsrate ist die beste Sozialpolitik, denn sie entlastet Bürger und Unternehmen.

**Wir haben den Strukturwandel geschafft.** An den Werkbänken und Schreibtischen, in Fabrikhallen und Chefetagen haben motivierte und qualifizierte Menschen die Modernisierung unseres Wirtschaftsstandortes vorangetrieben und unsere Wettbewerbsfähigkeit gesichert.

Die wirtschaftliche Erholung beweist aber auch: Unsere **konsequente Wachstumspolitik** ist richtig. Um den Aufschwung zu sichern, wird die CDU-

geführte Bundesregierung die Rahmenbedingungen noch weiter verbessern:

**Wir werden** die öffentliche Haushalte konsolidieren und die Staatsquote wieder auf 46 Prozent zurückführen, um private Initiative zu unterstützen.

**Wir werden** mit einem Jahressteuergesetz 1996 unsere wachstumsorientierte, leistungsgerechte, familien- und mittelstandsfreundliche Steuerpolitik fortsetzen.

**Wir werden** unsere Politik der Deregulierung fortsetzen und Rechts- und Verwaltungsverfahren spürbar vereinfachen sowie Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich verkürzen.

**Wir werden** die Leistungsfähigkeit unseres Verkehrssystems verbessern. Die Bahnreform war ein erster Schritt.

**Wir werden** unser arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium noch stärker nutzen, um Langzeitarbeitslosen größere Chancen am Arbeitsmarkt eröffnen.

**Wir werden** den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft beschleunigen, um Innovationshemmnisse auszuräumen.

**Die CDU sichert die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.**

**Stichwort:** Im Jahreswirtschaftsbericht gibt die Bundesregierung Auskunft über ihre Konjunkturerwartungen und über ihre wichtigsten Vorhaben in der Wirtschafts- und Finanzpolitik im neuen Jahr. Grundlage für den Bericht ist das Stabilitätsgesetz aus dem Jahr 1967. Es verpflichtet die Regierung, bis Ende Januar auf das vorherige Jahres-

gutachten des Sachverständigenrates der „Fünf Weisen“ zu antworten.

Die größte Aufmerksamkeit findet dabei regelmäßig die Prognose über die Entwicklung von Wachstum, Arbeitslosigkeit und Preisen. Der weit über 100 Seiten starke Bericht enthält aber auch detaillierte Rück- und Ausblicke auf die Weltwirtschaft.

## CDU zur Sache:

# BSE

### Zur Diskussion um den sogenannten Rinderwahnsinn, die Tierseuche BSE, erklärte Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer:

Diese Rinderkrankheit tritt vor allem in Großbritannien auf. Bei deutschen Rindern gab es bisher keine Erkrankung. Die vier in Deutschland aufgetretenen BSE-Fälle waren Rinder, die aus Großbritannien stammten.

Eine verantwortungsvolle Politik muß in Anbetracht der schwerwiegenden Konsequenzen fiktiv von der Übertragbarkeit auf den Menschen ausgehen, obwohl die Wissenschaft ein solches Risiko für wenig wahrscheinlich hält. Das bedeutet in der Konsequenz nicht Verbot jeglichen Rindfleischverzehr, sondern Schutz vor Produkten, die möglicherweise den BSE-Erreger enthalten. Das ist eine Maßnahme des vorbeugenden Gesundheitsschutzes.

### Besonders wichtig ist:

Die Regelungen zum Handel mit Rindfleisch aus dem Vereinigten Königreich wurden auf Betreiben der Bundesregierung vom Wissenschaftlichen Veterinärausschuß der Europäischen Union überprüft und im Sommer 1994 restriktiver gestaltet. Seitdem darf Rindfleisch aus Großbritannien nur importiert werden, wenn es aus Herden stammt, die sechs Jahre BSE-frei waren, oder wenn es sich um schieres Muskelfleisch handelt. In schierem Muskelfleisch ist der BSE-Erreger bis heute nicht nachgewiesen worden. Die Wissenschaftler gehen davon aus, daß der Erreger im Nervengewebe, im

Lymphgewebe und im Dünndarm vorkommt.

Die Europäische Union ist in diesem Falle deshalb von entscheidender Bedeutung, weil es sich hier um einen gemeinschaftsweit voll harmonisierten Rechtsbereich handelt.

Die gemeinschaftsrechtlichen Regelungen wurden per Dringlichkeitsverordnung Anfang August 1994 in nationales Recht umgesetzt, damit sie so schnell wie möglich greifen konnten. Damals hatte Rheinland-Pfalz im Zuge der Beratungen im Bundesrat bereits ein generelles nationales Importverbot gefordert. Diese Forderung ist mit deutlicher Mehrheit (2 : 10 : 4) im Gesundheitsausschuß des Bundesrates abgelehnt worden. Die Mehrheit der Länder verwies in einer Entschließung vielmehr auf die dann zu erwartenden europarechtlichen Probleme.

Hauptgrund für die Ausbreitung der BSE ist die Verfütterung von verseuchtem Tiermehl. Seit 1988 besteht ein Verbot, solches Tiermehl zu verfüttern. Bei Tieren, die 1992 geboren wurden, sind bisher keine BSE-Fälle registriert.

Vor diesem Hintergrund sowie dem einstimmigen Votum des Wissenschaftlichen Veterinärausschusses, dem auch fünf deutsche Wissenschaftler angehören, hat die EU-Kommission Mitte Dezember 1994 die Regelungen über die Handelsbeschränkungen für Fleisch britischer Rinder modifiziert. Diese Änderung betrifft nur Tiere, die nach dem 1.1.1992 geboren wurden. Die Schutzmaßnahmen für Fleisch von Tieren, die vor 1992 geboren wurden, bleiben vollständig aufrechterhalten.

Fleisch von Rindern, die nachweislich nach dem 1. Januar 1992 geboren worden sind, darf künftig ohne Beschränkungen nach Deutschland verbracht werden.

Dadurch, daß der Bundesrat der Verordnung der Bundesregierung zur Umsetzung des EU-Rechts nur unter Maßgaben

zugestimmt hat, die nicht in Einklang mit EU-Recht stehen, ist folgende Situation entstanden:

Die bisherige Dringlichkeitsverordnung wäre am 6. Februar 1995 außer Kraft getreten. Ab 7. Februar 1995 drohte somit eine Regelungslücke, die einen gesundheitsspolitisch nicht zu verantwortenden Rückschlag für den Verbraucherschutz bedeutet hätte. Hätte die Bundesregierung eine Regelungslücke hingenommen, so würden jetzt in Deutschland keine Handelsbeschränkungen für das Fleisch britischer Rinder mehr gelten. Jeder Importeur könnte Fleisch britischer Rinder, das lediglich den allgemeinen fleischhygienerechtlichen Anforderungen entspricht, nach Deutschland verbringen. Hierüber hinausgehende BSE-Schutzmaßnahmen würden nicht mehr greifen.

Die Bundesregierung mußte deshalb handeln. Am 4. Februar 1995 wurde eine neue Dringlichkeitsverordnung erlassen, mit der der Regelungsinhalt der EU-Entscheidung vom 14. Dezember 1994 umgesetzt wird. Damit ist sichergestellt, daß insbesondere alle Schutzmaßnahmen erhalten bleiben, die das problematische Fleisch älterer Tiere betreffen.

Es gab nur die Alternative: entweder Verbraucherschutz durch Umsetzung des EU-Rechts in nationales Recht oder keinen Verbraucherschutz ab 7. Februar.

Nach dem EU-Gemeinschaftsrecht gibt es im vorliegenden Fall keine Möglichkeiten, national von den gemeinschaftlichen Regelungen abzuweichen oder sie nicht umzusetzen. Dies wurde sehr sorgfältig geprüft. Im übrigen belegt dies auch ein Rechtsgutachten sehr deutlich, das im Auftrag des Landes Rheinland-Pfalz erarbeitet worden ist.

Es gibt keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die eine Nicht-Umsetzung der von der Kommission getroffenen Entscheidung rechtfertigen würden. Und das unterscheidet die heutige Situation auch von der vor einem Jahr.

Ende 1993/Anfang 1994 gab es wissenschaftlich gestützte Argumente, an denen auch die EU nicht mehr vorbeikam. Deshalb konnte eine Verschärfung der Bestimmungen erreicht werden. Heute gibt es keine neue wissenschaftliche Bewertung, die eine Verschärfung rechtfertigt. Im Gegenteil: Es ist völlig unlogisch, eine Verbesserung der epidemiologischen Entwicklung mit einer Verschärfung der Schutzmaßnahmen zu beantworten.

Die Bundesregierung wird wie bisher die Entwicklung genau beobachten und die parlamentarischen Gremien sowie die Öffentlichkeit regelmäßig unterrichten. Auch das ist ein Teil des Verbraucherschutzes, auf den sich die Menschen verlassen können.

## Von der Bundesregierung veranlaßte Schutzmaßnahmen:

- Verbot der Verfütterung von Tiermehl an Wiederkäuer
- Verbot der Verwendung bestimmter Rinderorgane bei der Herstellung von Säuglings- und Kleinkindernahrung
- Empfehlungen zur Durchsetzung höherer Qualitätsstandards bei der Herstellung von Arzneimitteln
- Empfehlungen zur Durchsetzung höherer Qualitätsstandards bei der Herstellung von Kosmetika
- Einführung der Meldepflicht für die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit
- Verdreifachung der Finanzmittel für die Erforschung spongiformer Enzephalopathien

Wenn Magdeburg Modell würde ...

## Wirtschaftspolitik findet nicht statt

**Anfang Februar ist der sachsen-anhaltinische SPD-Ministerpräsident Reinhard Höppner 200 Tage im Amt. 120 Tage davon war das Amt des Wirtschaftsministers verwaist. Jetzt ist mit Klaus Schucht zwar ein neuer Wirtschaftsminister vereidigt, doch der plant, kaum acht Tage im Amt, einen zweiwöchigen Urlaub in Portugal. „Schucht-Urlaub: Eine Sauerei!“ titelte der Mitteldeutsche Express am 3. Februar 1995.**

Die Betriebsratschefin von Leuna, Eva Landgraf, äußerte sich empört über den kommenden Wirtschaftsminister: „Vier Monate war Sachsen-Anhalt ohne Wirtschaftsminister. Endlich haben wir wieder einen — und eigentlich doch nicht. Dabei müssen wir versuchen, Probleme wie Personalabbau oder Privatisierung zu lösen. Herr Schucht sollte uns dabei zur Seite stehen. Doch der Urlaub scheint ihm wichtiger zu sein.“ (Mitteldeutscher Express, 3.2.95)

**„Es ist ungewöhnlich genug“, so CDU-Fraktionsvorsitzender Christoph Bergner bei der Einbringung eines Antrages auf Mißbilligung des Ministerpräsidenten, „daß in einem Bundesland, das sich im Aufbau befindet, ausgerechnet das Wirtschaftsressort über eine so lange Zeit unbesetzt bleibt.“ (Antrag der Fraktion der CDU — Drs. 2/503)**

Die Vorgänge machen noch einmal deutlich, welchen Stellenwert die PDS-tolerierte SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt der Wirtschaftspolitik wirklich einräumt.

Rückblick: Unmittelbar vor dem Abschluß der Koalitionsverhandlungen im Juli letzten Jahres sagte der designierte parteilose Wirtschaftsminister Uhlig seine Mitarbeit im Kabinett Höppner ab. Mit gravierenden Widersprüchen zwischen Koalitionsprogramm und dem Parteiprogramm von Bündnis 90/Grüne begründete Uhlig seinen Verzicht. (FAZ, 23.11.94)

Höppner ernannte daraufhin Jürgen Gramke zum neuen Wirtschaftsminister. Doch Gramkes Amtszeit währte nicht lange. Am 22. November 1994 trat Gramke zurück, weil SPD-Ministerpräsi-

**Seit dem 26. November 1994 ist das Wirtschaftsministerium verwaist.**

dent Höppner „der PDS in der Frage der Mehrheitsbeschaffung einen so starken indirekten Einfluß“ gebe, daß er es nicht mehr mittragen könne. (DLF, 23.11.94)

Gefragt, ob die SPD Zusammenarbeit oder Abgrenzung mit der PDS praktiziere, antwortete Gramke: „Das ist de facto natürlich (...) eine bestimmte Form der Zusammenarbeit.“ (DLF, 23.11.94). Er habe vergeblich gehofft, daß spätestens nach dem 16. Oktober eine breite demokratische Mehrheit im Landtag zustande kommen würde.

Seit den Rücktritten von Uhlig und Gramke hat sich in Sachsen-Anhalt in Sachen Wirtschaftspolitik wenig geändert. SPD-Ministerpräsident Höppner vernachlässigt die Wirtschaftspolitik des Landes nach wie vor. Seit Gramkes Aus-

## Merkwürdiger Zufall

Die Berliner SPD wird Ingrid Stahmer in den Wahlkampf um die Regierungsverantwortung in der Hauptstadt schicken. Frau Stahmer, bislang Sozialsenatorin in der großen Koalition, machte gleich den Grünen Avancen: Sollte sie die Wahl gewinnen, schließe sie die Bildung eines rot-grünen Senats nicht aus. (Die Welt, 7. Februar)

Die PDS hat für einen solchen Fall bereits ihre Unterstützung als Mehrheitsbeschafferin angeboten: Sie freut sich auf Magdeburger Verhältnisse in Berlin. Frau Stahmer beteuert zwar, daß dies für sie nicht in Frage komme. Gefragt, ob die PDS denn vielleicht längerfristig Koalitionspartner für eine SPD auf Mehrheitssuche sein könne, schränkt Frau Stahmer jedoch ein: „Die Frist müßte schon sehr lang sein.“ (ARD-Morgenmagazin, 6. Febr.)

Während jeder auf die angelehnte Vordertür blickt, öffnet sich im Hintergrund ein Tor für die vereinte

Linke. Am selben Tag, an dem die SPD-Spitzenkandidatin die befristete Abgrenzung von SPD und PDS formulierte, nahm an einer anderen Ecke in Berlin die SPD den früheren SED-Spitzenfunktionär Manfred Uschner in ihre Reihen auf. Ein merkwürdiger Zufall. Uschner, früherer Büroleiter des SED-Politbüromitglieds Hermann Axen, ist Duzfreund Egon Bahrs, der in diesen Tagen im Zusammenhang mit den möglichen Stasi-Verstrickungen des ehemaligen SPD-Funktionärs Wienand im Rampenlicht steht.

Während Frau Stahmer vor der Presse ihre Zurückhaltung gegenüber der PDS formuliert, wirbt der Ex-SED-Funktionär und neue SPD-Mitstreiter Uschner im Hintergrund um Unterstützung bei den früheren SED-Genossen. Mit einem offenen Brief will er dafür sorgen, daß seine Wende Vorbild wird: „(W)er wiedergutmachen will, sollte die SPD wählen“. (Frankfurter Rundschau, 7. Februar 1995) Hierbei handelt es sich offenbar um die neueste Form des sozialdemokratischen Ablaßhandels.

scheiden wird das Wirtschaftsministerium von Finanzminister Schaefer (SPD) mitverwaltet. Mit dieser Doppelbelastung scheint der Finanzminister überlastet: „Landesregierung findet plötzlich eine Milliarde, Finanzminister hat keine Erklärung“ lautete am 27.1.95 die Schlagzeile der Mitteldeutschen Zeitung. Fördermittel in Höhe von 1,16 Milliarden DM waren in Sachsen-Anhalt nicht ausgegeben worden.

## Abstruse Behauptung

Damit nicht genug: Schlimmeres ist zu befürchten, wenn SPD-Ministerpräsident Höppner so abstruse Behauptungen aufstellt wie folgende:

**„Der Anwalt für vernünftige wirtschaftliche Maßnahmen ist so nicht die CDU, sondern eher die PDS.“**  
(Focus 6/1995)

Eine bemerkenswerte und vor allem bezeichnende Aussage, wenn man bedenkt, wer für den völligen Ruin der Volkswirtschaft in der ehemaligen DDR verantwortlich ist.

Die Stimmung in Sachsen-Anhalts Wirtschaft sinkt mittlerweile auf den Nullpunkt:

„Unternehmer beklagen den Stillstand der Wirtschaftspolitik, Investoren beginnen, Sachsen-Anhalt zu meiden.“ (Die Welt, 30.11.94)

# „Pacta sunt servanda“

## Oder was Hans Eichel von Abmachungen hält

Die Ankündigung des hessischen Ministerpräsidenten Hans Eichel, er werde sich im Fall seiner Wiederwahl für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für untere Einkommensgruppen einsetzen, hat zu Verwunderung — nicht nur in der CDU — geführt. Dazu ein Blick in die Archive:

**Bonn, den 16. April 1993;  
655. Sitzung des Bundesrates,  
Beratung des Föderalen Konsolidierungsprogramms**

Im Vorfeld hatten sich Bund und Länder auf die Eckpunkte eines gemeinsamen Gesetzentwurfs geeinigt. Im Bundesrat spricht **Hans Eichel**:

*„Ein Nachverhandeln, das dazu führt, daß Eckpunkte aufgeweicht werden, kann es mit den deutschen Ländern nicht geben. Ich möchte (. . .) mit einem Zitat enden, das Ihnen sehr wohl bekannt ist, da es von einem höchst bekannten bayerischen Politiker stammt, der an dieser Stelle sehr oft gesprochen hat: Pacta sunt servanda. — Herr Bundesfinanzminister, wir halten uns jedenfalls daran.“* Einer dieser Eckpunkte war die Einführung des Solidaritätszuschlags in Höhe von 7,5 Prozent.

Ein weiterer für die SPD wichtiger Eckpunkt war die soziale Komponente beim Solidaritätszuschlag. Im Bundesrat spricht **Hans Eichel**:

*„Es geht um die soziale Kompo-*

*nente, nämlich darum, daß oberhalb der Freibetragsregelung des Einkommensteuergesetzes noch eine Regelung gefunden werden muß, damit der Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent nicht auch bei den unteren Einkommen, die schon einkommensteuer- oder lohnsteuerpflichtig sind, voll greift. Das wird im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch zu regeln sein.“*

Für die Bundesregierung gab der Bundesfinanzminister in der gleichen Debatte konkrete Zusagen ab. Im Bundesrat spricht **Theo Waigel**:

*„Auch bei der sozialen Komponente im Zusammenhang mit der Einführung eines Solidaritätszuschlags sind wir uns sehr nahe gekommen. So wurden beim letzten Gespräch mit den vier Länderfinanzministern am 30. März (1993, Anm. d. Red.) zwei Varianten als konsensfähig bezeichnet: Zum einen die Anhebung des steuerlich zu verschonenden Existenzminimums für 1995 auf 11.500 DM für Alleinstehende bzw. 23.000 DM für Ehegatten und die verbesserte Milderungsregelung im Eingangsbereich der Steuerbelastung, zum anderen die Einführung einer sogenannten Nullzone bei der Erhebung des Solidaritätszuschlags. (. . .) Wir können jedoch auch noch über den Vorschlag des*

## SPD untergräbt Bündnissolidarität

**Zum jüngsten außenpolitischen Papier des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters:**

Die wichtigste Botschaft, die Lafontaine in seinem am 3. Februar in der Süddeutschen Zeitung abgedruckten Papier übermittelt, lautet: Die SPD ist nicht bereit, den Blauhelm-Soldaten der NATO-Partner bei ihrem Rückzug aus Kroatien oder Bosnien den erforderlichen, für uns Deutsche möglichen Schutz zu gewähren. Diese Haltung ist nicht nur unsolidarisch, sondern außenpolitisch verantwortungslos. Lafontaine untergräbt die Bündnissolidarität und legt damit auch die Axt an die im NATO-Vertrag im Artikel 5 verankerte Beistandsverpflichtung.

Lafontaine fordert zwar die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik und die militärische Integration in Europa. Die Begründung allerdings ist unplausibel und perfide. Lafontaine will die militärische Integration, um

zu verhindern, daß die NATO-Partner sich gegenseitig bekriegen oder sich zu militärischen Alleingängen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes hinreißen lassen. Diese absurde Unterstellung zeigt ein tiefsitzendes Mißtrauen gegenüber unseren westlichen Partnern.

Und wie geht eigentlich der SPD-Parte- und Fraktionsvorsitzende Rudolf Scharping damit um, daß sein Troika-Mitstreiter die mittlerweile über ein halbes Jahrhundert erbrachte, konkurrenzlose Friedensleistung der NATO derartig desavouiert? Ist das die außenpolitische Übereinstimmung mit der Außenpolitik der Bundesregierung, die Rudolf Scharping auf der Wehrkundetagung in München vor einem Jahr und anschließend im Wahlkampf für die SPD reklamierte?

In einem Punkt hat Lafontaine recht: Wachsamkeit ist geboten. Aber es ist die Wachsamkeit gegenüber einer unzuverlässigen und unberechenbaren Außen- und Sicherheitspolitik der SPD.

*Kollegen Schleußer (SPD-Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Anm. d. Red.) diskutieren, bei der Erhebung des Solidaritätszuschlags durch eine Nullzone einen Jahresbetrag von z. B. 100 DM bei Alleinstehenden oder 200 DM bei Ehegatten von der Erhebung des Solidaritätszuschlags freizustellen.“*

Alle hier vorgestellten Modelle wurden realisiert. In der 657. Sitzung des Bundesrates am 28. Mai 1993 wurde das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsoli-

dierungsprogramms dann auch folgerichtig einstimmig angenommen.

Die Anwesenheitsliste dieser entscheidenden Sitzung weist aus:

Hessen:

- **Hans Eichel, Ministerpräsident**
- **Joseph Fischer, Minister für Umwelt, Energie und Bundesangelegenheiten.**

Warum sollen die hessischen Bürgerinnen und Bürger einen Ministerpräsidenten wählen, dessen Gedächtnis kaum eine halbe Wahlperiode umfaßt? ■

# Die Zahl der Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern erhöht sich

Im Januar 1995 ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland erwartungsgemäß, wie jahreszeitlich üblich, gestiegen, und zwar auf insgesamt 3,85 Millionen Personen. Das sind 290.000 mehr als im Dezember 1994, aber auch 180.000 weniger als im Januar 1993.

## ● Arbeitsmarkt im Westen

Im Westen Deutschlands waren Ende Januar 1995 2,745 Millionen Menschen (Quote 8,9 Prozent) arbeitslos. Dies sind 200.000 mehr als im Dezember 1994. Unter Berücksichtigung der üblichen Saisoneinflüsse war die Arbeitslosenzahl im Januar um 8.000 niedriger als im Vormonat.

Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich im Dezember 1994 gegenüber Dezember 1993 um 173.000 verringert.

Die insgesamt positive Grundtendenz am Arbeitsmarkt wird nach wie vor durch den starken Rückgang der Kurzarbeiterzahlen deutlich. Vor einem Jahr war die

Kurzarbeiterzahl noch etwa viermal so hoch wie heute.

## ● Arbeitsmarkt im Osten

Ende Januar 1995 waren 1,105 Mio. Menschen (Quote 14,7 Prozent) arbeitslos. Das ist der niedrigste Januarwert seit drei Jahren.

Der Arbeitsmarkt wurde durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und berufliche Weiterbildung um 585.000 Personen entlastet. Das sind 83.000 Personen mehr als im Vorjahresmonat. Maßnahmen nach § 249 h AFG werden jetzt für 92.321 Personen gewährt. Der Lohnkostenzuschuß West weist immer noch keine nennenswerten Beschäftigungszuwächse aus.

## ● Kurze Gesamtbewertung

Die Zahl der Arbeitsplätze in Ostdeutschland geht nicht mehr zurück, sondern erhöht sich allmählich. Im Jahresdurchschnitt 1994 waren 50.000 Menschen mehr erwerbstätig als 1993. Insgesamt haben sich die konjunkturellen Stabilisierungstendenzen in den alten Bundesländern fortgesetzt.

## Der Abstand ist erneut kleiner geworden

*Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Deutschland im vergangenen Monat kommt nicht überraschend. Zum einen spielt eine Rolle, daß Kündigungen zum Jahresende erst in die Statistik des ersten Monats eines Jahres einfließen. Zum anderen muß die Witterungslage berücksichtigt werden. Der Arbeitsmarkt fällt üblicherweise im Januar in ein Loch. Manche Hoffnungen, in Westdeutschland könnte endlich — wie in den neuen Ländern bereits seit der*

*Jahresmitte 1994 — das Niveau des Vorjahresmonats unterschritten werden, waren also verfrüht.*

*Wer daran geglaubt hat, kann sich aber damit trösten, daß der Abstand erneut kleiner geworden ist. Im Januar wurden im Westen nur noch 0,3 Prozent mehr Arbeitslose registriert als ein Jahr zuvor, im Dezember waren es immerhin noch 1,2 Prozent, im November sogar 1,7 Prozent mehr.*

# Vertuschungstroika Rau, Bahr und Vogel muß endlich auspacken

Die Vertuschungstroika Rau, Bahr und Vogel verstrickt sich zunehmend in Widersprüche. Bisherige Erklärungen der drei lösen mehr klärungsbedürftige Fragen aus, als beantwortet werden. Rau, Vogel und Bahr tun alles, um den wahren Sachverhalt zu unterdrücken und zu verschleiern.

## ● Behinderung der Justiz

Johannes Rau hat als NRW-Ministerpräsident die Aufklärungsarbeit seiner eigenen Justiz massiv behindert. Sich damit herauszureden, er wolle sich — gewissermaßen aus Pietät — über seine letzten Gespräche mit Willy Brandt während dessen Krankheit nicht öffentlich äußern, geht völlig an der Sache vorbei. Es geht nicht um vertrauliche Gespräche mit Willy Brandt, sondern um Dokumente Brandts, die er entsprechend dessen Absicht an die Strafverfolgungsbehörden hätte weitergeben müssen. Spionage ist kein Kavaliersdelikt, und der Dokumentenbesitz Johannes Raus im Fall Wienand nicht dessen Privatsache. Rau hat die Justizbehörden und die Öffentlichkeit bewußt in die Irre und hinters Licht geführt. Die Anklage gegen Wienand hätte anders ausgesehen, wenn die Bundesanwaltschaft im Besitz des Brandt-Vermerkes gewesen wäre. Der Verdacht der versuchten Strafvereitelung drängt sich auf. Ob sich Rau tatsächlich strafbar gemacht hat, hängt von den detaillierten Umständen ab, zu denen sich Rau im Augenblick noch ausschweigt.

Es ist ein einmaliger Vorgang, daß die Bundesanwaltschaft den Vermerk bei der Ebert-Stiftung beschlagnahmt, der Ministerpräsident immer noch schweigt und erst dann Auskunft gibt, wenn der Generalbundesanwalt ihn fragt. Rau glaubt, sich herausreden zu können, indem er erklärt: „Wenn der Generalbundesanwalt fragt, tut man das. Das gehört zum Rechtsstaat.“ Der Rechtsstaat erlegt jedoch einem Ministerpräsidenten die Amtspflicht auf, die ihm vorliegenden Informationen über Straftaten, die die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland betreffen, den zuständigen Behörden unverzüglich zuzuleiten. Diese Amtspflicht hat Rau verletzt.

Nach der Balsam-Affäre gibt es jetzt einen weiteren Justizskandal in Nordrhein-Westfalen. Diesmal geht es nicht

### Von Reinhard Göhner, Justitiar der CDU/CSU- Bundestagsfraktion

um das Versagen eines Oberstaatsanwaltes, sondern um die massive Behinderung der Justizbehörden durch den Ministerpräsidenten.

## ● Verletzung der Garantienpflicht

Brandt informierte die drei SPD-Spitzenpolitiker, damit sie den Spionageverdacht gegen Wienand aufklärten. Sie waren damit Treuhänder und hatten eine Garantienstellung übernommen. Daraus erwuchs ihnen spätestens zu dem Zeitpunkt eine Garantienpflicht, als Willy Brandt im Oktober 1992 verstarb. Denn Willy Brandt konnte sein Wissen an die

zuständigen Stellen nicht mehr weitergeben. Es ist eine unglaubliche Ignoranz, wenn Egon Bahr erklärt, er habe keine Veranlassung gehabt, den Vermerk an die Staatsanwaltschaft weiterzugeben, weil ja auch Willy Brandt dieses nicht getan habe. Denn der von Brandt gegen Wienand geäußerte Spionageverdacht war als solcher bereits ernst zu nehmen und erhielt eine zusätzliche Brisanz, als der Generalbundesanwalt gegen Karl Wienand am 4. Mai 1994 vor dem OLG Düsseldorf Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit erhob. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätten Rau, Vogel und Bahr die ihnen vorliegenden Informationen offenbaren müssen, wie es ihrer Garantenpflicht entsprochen hätte.

### ● Gründe für Raus Schweigen – Wienands Rolle in der SPD-Geheimdiplomatie

Warum decken Rau, Bahr und Vogel den Angeklagten Karl Wienand? Welchen Grund hatten Rau, Bahr und Vogel, diese vorliegenden Informationen über die Spionagetätigkeit Wienands zu vertuschen und den Brandt-Vermerk beiseite zu schaffen? Decken sich Rau, Vogel und Bahr damit zugleich gegenseitig?

Ein Zusammenhang mit der Nebenaußenpolitik und Geheimdiplomatie gegenüber der DDR und der Sowjetunion in den 70er und 80er Jahren, die führende SPD-Politiker an den Bundesregierungen vorbei betrieben haben, liegt nahe. Zu diesen Politikern zählen Wehner und Bahr, aber auch Rau. Wienand wiederum war enger Vertrauter von Wehner und hat möglicherweise die Ostkontakte der SPD eingefädelt, geleitet und koordiniert. Die Ostkontakte der SPD erfolgten auf dem Wege sog. „chanel“ und „backchanel“. Bahr, Rau und Wienand spielten dabei wichtige Rollen.

Nachgewiesen sind ab 1986 monatliche

Zahlungen des MfS an Wienand in Höhe von 10.000 DM als Agentenlohn. Er muß also für die östliche Seite noch eine enorme Bedeutung und eine entsprechende Funktion gehabt haben, sonst wäre der höchste Agentenlohn der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht erklärlich. Wienand war der höchstbezahlte Top-Spion der östlichen Seite — wesentlich bedeutender und wichtiger als beispielsweise Guillaume.

Bisher hatte die SPD darauf verwiesen, Wienand habe nach dem Bonner Regierungswechsel 1982 keine aktive Rolle mehr gespielt. Jetzt ist bekanntgeworden, daß Wienand weit in die 80er Jahre hinein engsten Kontakt zur SPD-Spitze hatte.

Rau und Bahr müssen darüber Aufklärung geben, ob Wienand auch an der DDR-Wahlkampfhilfe 1986/87 für den damaligen Kanzlerkandidaten Rau beteiligt war. Rau hat mit Genehmigung der SPD-Führung am 18. September 1986 verkündet, daß die DDR den Asylbewerberstrom über den Flughafen Schönefeld nach Westberlin stoppen werde. Obwohl die Bundesregierung dieses Verhandlungsergebnis mit der DDR-Führung bereits erzielt hatte, ließ die SED Rau dies als seinen Verhandlungserfolg verkünden. Im Gegenzug dazu hatte Bahr die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft bei einer Regierungsübernahme durch die SPD angeboten. Wienand stand zu dieser Zeit in hohem Sold des MfS. Haben Rau und Bahr ein Interesse daran, Wienand wegen dessen Verstrickung in die Wahlkampfhilfe 1986 zu decken?

### ● Existenz weiterer Aufzeichnungen Brandts

Der Brandt-Vermerk vom 31. März 1993 ist offenbar nicht das einzige Dokument, das beiseite geschafft worden ist. Egon

Bahr erklärte in der ZDF-Sendung „Bonn direkt“ vom 29. Januar 1995: „Es gibt mit Sicherheit viele, viele Zettelchen. Und in den Zettelchen wird sicher nicht nur über Wehner und Wienand, sondern auch über andere das eine oder andere festgehalten sein. Wo die Zettelchen sich befinden, das entzieht sich meiner Kenntnis.“ Ich fordere die SPD auf, alle hier in Betracht kommenden Aufzeichnungen Willy Brandts unverzüglich herauszurücken und nicht erst zu warten, bis die Staatsanwaltschaft sie beschlagnahmt.

### ● **Unterrichtung Scharpings**

Seit wann weiß Scharping von dem Brandt-Vermerk? Es ist kaum vorstellbar, daß der SPD-Vorsitzende erst nach der Beschlagnahme informiert wurde. Andernfalls hätten Rau und Co. nicht nur die Justiz, sondern auch den Nachfolger Brandts in die Irre geführt. Spätestens seit der Klage Wienands gegen Frau Brandt hätte Anlaß für Rau als stellvertretender Bundesvorsitzender bestanden, den SPD-Vorsitzenden zu informieren. Hat sich Scharping danach in die Vertuschungstroika eingereiht?

### ● **Desinformationsstrategie der SPD**

Statt für Aufklärung zu sorgen, taten Rau, Vogel und Bahr nicht nur alles, um die von Willy Brandt stammende Information über die Agententätigkeit Wienands zurückzuhalten. Vielmehr gab es

auch gezielte Desinformationen. Bahr hat die Brandt-Witwe gedrängt, den öffentlich geäußerten Spionageverdacht gegen Wienand zurückzunehmen. Als Wienand die Brandt-Witwe auf Unterlassung verklagte, hat die Troika geschwiegen und damit Frau Seebacher-Brandt ins offene Messer laufen lassen.

Die Desinformationsstrategie der SPD hat System und eine berüchtigte Tradition. Die Wahrheit kommt nur scheinweise ans Licht. Zugegeben wird nur, was ohnehin schon bewiesen ist. Rau verhält sich damit wie Engholm. Es wird verschwiegen und vertuscht, und erst nach staatsanwaltlicher Beschlagnahme auf Anfrage wird der Justiz Auskunft gegeben.

Die SPD sollte jetzt endlich alle Fakten auf den Tisch legen, die relevant sind. Sollte eine gerichtliche Aufklärung wegen einer Verhandlungsunfähigkeit Wienands unmöglich sein und die SPD — allen voran Rau — keine aufklärenden Auskünfte geben, ist die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Bundestag notwendig.

Rau hat ein Auskunftsverweigerungsrecht, wenn er sich durch wahrheitsgemäße Aussagen selbst belasten würde. Sein bisheriges Schweigen legt beredtes Zeugnis darüber ab, daß er seine Verstrickung in dieser Angelegenheit sehr wohl kennt. Dieser Verdacht kann nur entkräftet werden, wenn die Vertuschungstroika endlich auspackt. ■

## **Wechsel in der Pressestelle des Bundesrates**

Karla Sichelschmidt ist ab 1. Februar die neue Leiterin der Pressestelle des Bundesrates. Sie übernimmt damit auch die Verantwortung für die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit und Eingaben. Ihr Vorgänger, Stefan Schmidt-Meinecke, ist zum Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gewechselt. Karla Sichelschmidt stammt aus Gevelsberg und war zuletzt stellvertretende Pressesprecherin des bayerischen Wirtschaftsministeriums.

# Gewerbsteuer behindert die Schaffung von Arbeitsplätzen

**Zur Kritik der SPD an der geplanten Gewerbesteuer senkung erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:**

Nicht die Abschaffung der Gewerbesteuer ist „Unsinn“, wie es aus dem SPD-Bundesvorstand tönt. Vielmehr ist diese völlig antiquierte und im internationalen Vergleich einmalige Sonderbelastung für Unternehmen in Deutschland seit Jahrzehnten ein Dorn im Auge auch der mittelständischen Wirtschaft.

Unsinn wäre es demgegenüber, wenn nicht jetzt endlich die Chance zu ihrer Abschaffung und zur Senkung der Gewerbeertragsteuer genutzt würde.

Die SPD offenbart sich erneut als Partei des ökonomischen Dilettantismus. Die deutschen Nettoinvestitionen im Ausland betragen 1993 ca. 18 Milliarden DM.

Ausländer investierten dagegen in Deutschland nur ca. 5 Milliarden DM. Die Investitionsbedingungen in unserem Land müssen also dringend verbessert werden. Das ignoriert die SPD.

Insbesondere die Gewerbesteuer ist eine Arbeitsplatzvernichtungssteuer, weil sie Betriebe sogar dann belastet,

wenn sie gar keinen Gewinn machen. Diese Steuer schneidet dann sozusagen in die Substanz des Unternehmens.

Selbst wenn aufgrund des Freibetrags von 120.000 DM kleine Unternehmen keine Gewerbesteuer mehr bezahlen, sind jedenfalls größere Handwerks- und andere Dienstleistungsbetriebe, Industriebetriebe sogar ohne Ausnahme, mit Gewerbesteuer belastet. Eine verantwortungsbewusste Wirtschafts- und Mittelstandspolitik muß deshalb im Interesse dieser Unternehmen, die zum großen Teil internationalem Wettbewerb auf dem deutschen Markt ausgesetzt sind, auch für die Abschaffung der Gewerbesteuer eintreten.

---

## Praktische Vorschläge

---

Den Kommunen muß selbstverständlich eine vergleichbare Einnahmequelle erhalten bleiben. Dafür ist eine Reihe von praktikablen Vorschlägen in der Abklärung. Sowohl das Interesse der Wirtschaft an investitionsstarken Gemeinden als auch das Interesse der Kommunen an gesunden Betrieben ist dabei zu berücksichtigen.

## Mehrheit: Tucholsky-Zitat ist beleidigend

Die Mehrheit der Bundesbürger hält das Tucholsky-Zitat „Soldaten sind Mörder“ für eine Beleidigung der Soldaten der Bundeswehr. In einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach äußerten 50 Prozent der 2.153 Befragten die Ansicht, der Spruch sei beleidigend. 37 Prozent meinten, dies habe allgemein mit Soldaten überall auf der Welt und nicht speziell mit der Bundeswehr zu tun. 13 Prozent waren unentschieden. Die Umfrage wurde im November 1994 durchgeführt.

# Anschlag auf junge Familien

Als einen „Anschlag auf junge Familien“ hat die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) die Absicht der Bundesländer bezeichnet, die bedarfsgerechte Versorgung mit Kindergartenplätzen auf das Jahr 1999 zu verschieben. Damit würde ein Beschluß des Deutschen Bundestages, der das Recht auf einen Kindergartenplatz geschaffen hat, offenkundig verletzt.

Die CDA fordert Bund, Länder, Gemeinden, Unternehmen und freie Träger auf, eine Gemeinschaftsinitiative „Kinderfreundliche Gesellschaft“ zu starten.

Als ersten Schritt fordert der Erste stellvertretende Bundesvorsitzende der CDA, Hermann-Josef Arentz, die Ministerpräsidenten der Bundesländer auf, umgehend ihrer Verpflichtung für eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Kindergartenplätzen nachzukommen.

Arentz: „Die Weigerung der Länder entlarvt alle familienpolitischen Bekenntnisse als Wortgeklengel und Heuchelei. Es darf nicht sein, daß wieder einmal die Familieninteressen dem Diktat des Rotstiftes geopfert werden. Die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Kindergartenplätzen ist eine der zentralen Aufgaben, wenn Deutschland nicht zur altersstarrten Republik verkommen will. Es geht um die wichtigste Zukunftsinvestition unseres Landes: die Kinder.“

Die CDA kritisiert, daß sich viele Bundesländer trotz jahrelanger Verlaufszeit nicht ausreichend bemüht haben, den Beschluß umzusetzen, für jedes Kind ab dem 3. Lebensjahr einen Kindergartenplatz bereitzustellen. „Offenkundig“, so Arentz, „wurden falsche Prioritäten gesetzt. Ein Hinauszögern wäre eine Ohrfeige für junge Familien, die in absehbarer Zeit und nicht irgendwann konkrete Hilfen benötigen.“ ■

## SPD hat Erwartungen geweckt, die sie nun enttäuschen will

Zu dem Beschluß einer Arbeitsgruppe der Jugend- und Finanzminister, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erst zum 1. August 1999 verwirklichen zu wollen, erklärte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Claudia Nolte:

Den Beschluß der Jugend- und Finanzminister der Länder, die Realisierung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz faktisch um drei Jahre verschieben zu wollen, finde ich sehr bedauerlich. Die Länder wollen damit Abschied von einem Ziel nehmen, das sie sich selbst gesteckt

haben. Sie müssen für diesen Zickzackkurs die Verantwortung tragen.

### Ein Trauerspiel

Es war vor allem die SPD, die im Zusammenhang mit der Neuregelung des Paragraphen 218 im Bundestag das Datum 1. Januar 1996 für den Rechtsanspruch in das Gesetz geschrieben hat. Und es waren die Länder, die dies im Bundesrat ausdrücklich bestätigt haben. Damit ist klar: Die SPD und die Länder haben bei den Familien Erwartungen geweckt, die sie nun bitter enttäuschen werden. Das empfinde ich als ein Trauerspiel. ■

# Lückenlose Telefonüberwachung von Gangsterwohnungen ermöglichen

**Zu dem rechtlichen Problem der Einbeziehung der vielfältigen Kommunikationsmittel in die Telefonüberwachung erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:**

Die Telefonüberwachung gemäß §§ 100 a, 100 b StPO sowie nach dem Gesetz zu Art. 10 GG (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) und nach dem Außenwirtschaftsgesetz hat für die Verbrechensbekämpfung immer noch eine hohe Bedeutung. Dies um so mehr, da es bei uns bislang nicht möglich ist, die Wohnungen der Gangster abzuhören und verdeckte Ermittler in einem gesetzlich abgesicherten Rahmen effektiv einzusetzen.

Die Verbrecher können jedoch inzwischen durch den rasanten Fortschritt der Kommunikationsmittel miteinander telefonieren, ohne daß es bis jetzt möglich ist, diese Telefonkontakte abzuhören.

Es fehlen bei uns dafür die rechtlichen und technischen Voraussetzungen.

## Schnell einig werden

Dabei wären wir technisch in der Lage, Mobilfunk und Anrufweiterschaltung von nicht überwachten Leitungen unter Kontrolle zu bringen, die Benutzung von nicht öffentlichen Netzen und die Satellitenkommunikation zu überwachen und die besonderen Verschlüsselungstechniken, deren sich die Verbrecherbanden bedienen, aufzuklären. Deshalb müssen sich Bund und Länder so schnell als möglich über die allerdings nicht geringen Investitionskosten für solche Aufklärungstechniken einig sein.

Notwendig ist aber auch, die StPO und die weiteren Gesetze an die neue Ent-

wicklung so anzupassen, daß die Überwachung der vielfältigen Kommunikationsmöglichkeiten lückenlos gelingen kann. Es geht auch darum, internationale Vereinbarungen anzustreben (z. B. durch Ausweitung der Schengener Verträge oder durch die Ausführung des Maastricht-Vertrages), um die Überwachung auch dann zu ermöglichen, wenn in unserem Land kein technischer Knotenpunkt existiert und deshalb in Deutschland die Überwachung nicht möglich ist.

Neue Verbrechensbekämpfungsgesetze können ihre Wirkung nicht entfalten, wenn die Verbrecher nicht verfolgt werden können, weil unsere Rechtsordnung der technischen Entwicklung hinterherläuft.

## Die Entwicklung geht weiter

Niemand soll sich jedoch der Illusion hingeben, daß die lückenlose Einbeziehung der vielfältigen Kommunikationsmittel in die Überwachung das Abhören der Gangsterwohnungen und den Einsatz verdeckter Ermittler überflüssig macht. Die Verbrecher werden immer Wege finden, sich der Telefonüberwachung zu entziehen. Dies gilt um so mehr, wenn die sog. Phone-Cards es eines Tages ermöglichen, die Identifizierung des Netzteilnehmers unmöglich zu machen.

## Zitat

*Ich kann mich in jeden Steuerzahler hineinversetzen, der auf mich schimpft. Auch ich war schon sauer auf das Finanzamt, weil ich relativ viel Steuern zahlen muß.*

**Bundesfinanzminister Theo Waigel**

# Die liberale Drogenpolitik der Niederlande hat versagt

Daß „die niederländische Drogenpolitik der Toleranz außer Kontrolle geraten ist“, scheint keine Neuigkeit zu sein. Neu ist nur, daß dies in der vergangenen Woche von der niederländischen Regierung erstmals in dieser Deutlichkeit zugestanden wurde.

Einer staunenden Journalistenschar verkündete Justizministerin Sorgdrager, daß die bislang gesammelten Erfahrungen enttäuscht hätten und zeigten, daß eine nachgiebige Drogenpolitik zum Scheitern verurteilt sei.

Die insgesamt 1.500 Coffee-Shops in den Niederlanden, in denen der begrenzte Verkauf und Konsum sogenannter weicher Drogen bislang toleriert wird, sind nicht mehr die diskreten Rauchsalons, die sie noch Mitte der 70er Jahre waren, als sich unser westlicher Nachbar entschloß, eine liberale Drogenpolitik zu betreiben. Sie sind häufig Umschaltplätze von Heroin- oder Kokaindealern, sind

vom Verbrechermilieu unterwandert. Die durch die „Zwei-Gleise-Politik“ beabsichtigte Trennung der Märkte von „harten“ und „weichen“ Drogen ist nicht gelungen. Der Haschischkonsum der 12- bis 18jährigen in den Niederlanden ist, anders als in der Bundesrepublik Deutschland, angestiegen.

Ein großes Problem ist zudem der nach wie vor anhaltende Drogentourismus ins vermeintliche „Drogenmekka“ Niederlande. Ein Beispiel: Allein in der Grenzstadt Venlo gibt es 35 Coffee-Shops, die die Lebensqualität der Einwohner zunehmend belasten.

**Hubert Hüppe**, Mitglied des Arbeitskreises Drogen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Der fundamentale Fehler der Niederlande liegt dabei in der Unterschätzung des kriminellen Potentials der Drogenmafia, die sich im Umfeld der Coffee-Shops einen riesigen Kundenkreis hat aufbauen können. ■

## Landesjustizminister müssen sich auf Haschisch-Richtlinie einigen

Zur Frage der einheitlichen Umsetzung des „Haschisch-Urteils“ des BVerfG erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner sogenannten „Haschisch-Entscheidung“ vom 9. März 1994 die Bundesländer aufgefordert, eine im wesentlichen einheitliche Einstellungspraxis in Fällen des Besitzes von geringen Mengen von Cannabisprodukten (Haschisch, Marihuana) herzustellen.

Nach nunmehr fast einem Jahr haben die Landesjustizminister es nicht vermocht, sich auf eine einheitliche Einstellungspraxis zu einigen. Dies kann nicht länger hingenommen werden. Der vom Bundesverfassungsgericht festgestellte verfassungswidrige Zustand muß beendet werden. Dies ist umso dringlicher, als einzelne SPD-regierte Länder die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts dazu mißbrauchen, auch in Fällen strafwürdiger Drogenkriminalität, die strafrechtlichen Ermittlungen einzustellen. ■

Wolfgang Schäuble:

## Das Modernisierungstempo unserer Wirtschaft muß erhöht werden

**Statement des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, auf der Veranstaltung „Perspectives for the political and economic development of Germany in the framework of the European Union“ im Rahmen des World Economic Forums am 28. Januar in Davos:**

**1.** Die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist von grundlegendem Interesse für die Bundesrepublik Deutschland. Dies umfaßt über die Wirtschafts- und Währungsunion hinaus eine außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit ebenso wie eine institutionelle Vertiefung und die Erweiterung der Union um die neuen Demokratien Osteuropas.

Gestern haben wir uns mit den politischen Fragen befaßt, so daß ich mich heute auf die wirtschaftlichen Aspekte konzentrieren möchte.

**2.** Trotz einer konjunkturellen Entwicklung, die über alle Erwartungen hinaus positiv verläuft, bleibt der Veränderungs- und Erneuerungsbedarf für unsere Wirtschaft unverändert hoch. Standortverlagerungen, Veränderungen im weltweiten wirtschaftlichen Wettbewerb und Perspektiven des Arbeitsmarktes genügen zur Begründung als Stichwort. Das Modernisierungstempo unserer Volkswirtschaft muß erhöht werden.

**3.** Wir sind gegenüber dem Gedanken einer „Industriepolitik“ skeptisch. Unsere

Überzeugung ist, daß Anbieter und Abnehmer, neue Bedürfnisse und die Angebote zu ihrer Befriedigung, daß Unternehmen und Private, kurz, daß der Markt mit seiner schnellen Reaktion, mit dem Zwang zu kostengünstigster Erbringung von Leistungen besser geeignet ist, die richtigen Entscheidungen hervorzurufen, als große bürokratische Apparate.

**4.** Allerdings müssen wir den Dialog zwischen den Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik vertiefen. Die Notwendigkeit begründet sich schon in einer Staatsquote in der Größenordnung von 50 plus oder minus x Prozent. Öffentliche und private Investitionen hängen ebenso eng zusammen, wie rechtliches oder administratives Regelwerk Investitionsprozesse beeinflußt — wenn nicht gar verhindert. Dafür wenige Beispiele: Eine Spitzenleistung deutscher Technologie wie der Transrapid läßt sich nicht ohne Beweis praktischer Nutzbarkeit international verkaufen. Praktische Anwendung bedeutet aber Bereitstellung von Trassen und Haltepunkten, Genehmigungsverfahren und vieles andere mehr.

Wenn wir in den USA 300 gentechnische Produktionsstätten, in Japan 130, aber nur 4 in Deutschland haben, dann beschreibt das, wie Politik Innovationen verhindern kann.

In der Energiepolitik fordert auch die Wirtschaft den Konsens, zumal bundesgesetzliche Regelungen durch Ländervollzug konterkariert wird.

In dem Schlüsselbereich von Kommunikation und Information ist das Postmo-

nopol eine inadäquate Organisationsform. Deshalb mußte die Postreform durchgesetzt werden. Das Netzmonopol verträgt sich nicht mit der Entwicklung von Datenautobahnen, und deshalb muß es fallen — so schnell wie möglich. Es kann aber nur fallen, wenn alle mittun.

**5.** Um diesen notwendigen Dialog zwischen Wirtschaft und Politik zu verstetigen, haben wir die Schaffung eines Technologierats beschlossen. Über die Frage von rechtlichen Rahmenbedingungen oder die Abstimmung von öffentlichen und privaten Investitionen hinaus brauchen wir ein verstärktes Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung auch für die Innovationsfähigkeit in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik insgesamt. Unsere öffentlichen Diskussionsprozesse verlaufen, sobald sie konkret werden, in aller Regel innovationsfeindlich. Jeder verteidigt seinen Besitzstand, und als kleinstes gemeinsames Vielfaches kommt dann zu oft nur der Status quo heraus.

**6.** Dem entgegenzuwirken ist in der demokratisch-pluralistischen Öffentlichkeit die Aufgabe von Eliten, die in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik nicht nur Verbandsinteressen repräsentieren, son-

dern Verantwortung für das Ganze und die Zukunft vermitteln. Die Gründung einer deutschen Akademie der Wissenschaften als unabhängiges Beratungs- und Diskussionsforum für Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft soll einen Beitrag in diesem Sinne leisten.

**7.** Die Europäische Union erzwingt in vielfältiger Hinsicht Veränderungen. Die Währungsunion wird Innovation noch stärker fördern als schon der gemeinsame Binnenmarkt, und auch von daher ist das Netzwerk der Europäischen Union eine Chance für die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Wir sind entschlossen, die Chance zu nutzen, entsprechend den Empfehlungen aus dem Weißbuch der Kommission stärker auf technologische Innovation zu setzen — von der Biotechnologie bis zur modernen Informationstechnik — unseren Sozialstaat auf mehr Effizienz und mehr Eigenverantwortung hin umzubauen, mehr Flexibilität in der Arbeitswelt zu erreichen, und unsere Wettbewerbsfähigkeit insgesamt zu stärken — als Beitrag zu einem dynamischen Europa, das sich globaler Verantwortung wie Herausforderung stellt.

## Drogenpolitik auf dem richtigen Weg

**Die aktuellen Zahlen zum Rauschgiftkonsum in Deutschland zeugen von der erfolgreichen und verantwortungsbewußten Drogenpolitik der Bundesregierung.**

Nun zahlen sich die vielfältigen Bemühungen um Aufklärung, Therapie und Nachsorge aus.

Völlig verfehlt wäre es, diesen positiven Trend durch Liberalisierungs- und Legalisierungskampagnen auszubremsen. Rot-grüne Forderungen nach

„Drogenbussen“ (Hamburg), „Coffie-Shops“ und Haschisch-Freigabe (Schleswig-Holstein), straffreiem Heroin-Konsum (NRW) und „Fixerstuben“ (Frankfurt am Main) lehnen wir daher grundsätzlich ab.

**Roland Sauer**, drogenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Union appelliert an die SPD-Länder, zu den Grundlinien des Nationalen Rauschgiftbekämpfungspans zurückzukehren.

In Deutschland leben derzeit über 6,9 Millionen Ausländer. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung beträgt damit rund acht Prozent.

Unsere Ausländerpolitik beruht auf folgenden Grundsätzen: zum einen Integration der rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen sowie der anerkannten Flüchtlinge, zum anderen Begrenzung des weiteren Zuzugs aus Staaten außerhalb der Europäischen Union. Beide Grundsätze bedingen einander: Die auf Dauer bei uns lebenden Ausländer sollen in die hiesige wirtschaftliche, soziale und rechtliche Ordnung ein-

gesetzt mit jährlichen Einwanderungsquoten ab. Der im Koalitionsvertrag vereinbarten Prüfung soll nicht vorgegriffen werden. Sie wird aber zuallererst die Frage zu beantworten haben: Hat Deutschland heute überhaupt einen Einwanderungsbedarf? Angesichts der angespannten Arbeitsmarktsituation habe ich hier erhebliche Zweifel. Können wir es uns eigentlich noch leisten, Arbeitskräfte mit dem Ziel der dauerhaften Niederlassung in das Land zu holen, obwohl wir derzeit rd. 3,5 Mio. Arbeitslose haben? Selbst wenn wirklich einmal ein aus dem Inland nicht zu deckender Arbeitskräftebedarf entstehen sollte, bleibt die weitere

## Deutschland ist kein Einwanderungsland und sollte es auch nicht werden

gegliedert werden. Integration kann aber nur gelingen, wenn der Grundsatz der Begrenzung des weiteren Zuzugs konsequent aufrechterhalten wird.

Das führt zu einer weiteren Grundposition unserer Ausländerpolitik: Deutschland ist kein Einwanderungsland und soll es auch nicht werden. Insoweit hat sich an entsprechenden Kabinettsbeschlüssen noch aus sozialliberaler Zeit bis heute nichts geändert. In der Vergangenheit hat Deutschland auch nie eine gezielte Zuwanderungspolitik betrieben. Vor allem war auch die Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer stets mit der Vorstellung eines zeitlich begrenzten Aufenthalts verknüpft.

Die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP enthält den Auftrag zur Prüfung der Möglichkeiten einer Regelung zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung. Einige leiten daraus die Forderung nach einem Einwanderungs-

Rupert Scholz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der „WELT am SONNTAG“ vom 29. Januar 1995

Frage: Wie steht es mit dem Vorrang für Arbeitsbewerbungen aus anderen Staaten der Europäischen Union vor Drittausländern? Dieser Vorrang ist durch die Verträge über die Europäische Union abgesichert und schließt von vornherein begrenzende Zuwanderungsregelungen oder -quoten aus.

Im übrigen: Würde man heute eine jährliche Zuwanderungsquote in einer auch nur halbwegs tragbaren Höhe einführen, so würde diese sofort von der Zahl der Asylberechtigten und Asylbewerber (Zugang 1994: 127.210), der Familiennachzugsberechtigten (Zugang 1994: über

## Steuerliche Vorteile für den Gebäudeausbau jetzt nutzen

**Die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch, hat Bauwillige, die in absehbarer Zeit bestehende Gebäude zu Vermietungszwecken ausbauen wollen, aufgefordert, diese Baumaßnahme noch in diesem Jahr abzuschließen.**

§ 7 c EStG gewährt Bauherren fünf Jahre lang einen Abzug von der Steuerbemessungsgrundlage von jeweils bis zu 20 Prozent der Herstellungskosten (höchstens von 60.000 DM) für den Gebäudeausbau, wenn die Wohnung vor dem 1. Januar 1996 fertiggestellt und nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert wird. Die Wohnung muß vom Zeitpunkt der Fertigstellung bis zum Ende des Begünstigungszeit-

raums fremden Wohnzwecken dienen. Steuerlich begünstigt wird der Dachgeschosßausbau, Aufstockung und Anbau sowie der Umbau landwirtschaftlicher oder gewerblich genutzter Gebäude.

### Kein Bauland erforderlich

Diese Baumaßnahmen sind wohnungspolitisch von Bedeutung, weil für den Um- und Ausbau von vorhandenen Gebäuden keine Baulandflächen erforderlich sind und die Schaffung neuer Mietwohnungen in bestehenden Gebäuden günstiger ist als der reine Mietwohnungsneubau. Nach der Bautätigkeitsstatistik wurden 1992 rund 44.000 und 1993 rund 49.000 neue Wohnungen in vorhandenen Gebäuden geschaffen.

150.000) oder Bürgerkriegsflüchtlinge (Bestand 1994: rd. 350.000) in Anspruch genommen werden — mit der sicheren und weiteren Konsequenz sofortiger Überfüllung. Die Einführung einer entsprechenden Zuwanderungsregelung würde mit Sicherheit zum weiteren Ansteigen illegaler Zuwanderungen führen (Anerkennungsquote bei Asylbewerbern 1994: 7,3 Prozent).

Auch der Zugang von Aussiedlern spielt im vorliegenden Zusammenhang eine Rolle. Natürlich sind Aussiedler als Deutsche keine Einwanderer. Gleichwohl muß ihre Zugangszahl (1994: 222.591) unter integrationspolitischen Gesichtspunkten mitberücksichtigt werden.

Im übrigen hat bisher niemand die Frage beantwortet, nach welchen Kriterien eigentlich die Auswahl derer vorgenom-

men werden soll, die ein Recht auf Zuwanderung bekommen sollen. Soll es nach dem Alter, nach der beruflichen Qualifikation, nach dem Herkunftsland oder nach sozialen Gesichtspunkten gehen? Oder welche anderen Maßstäbe sollen angelegt werden? Andere Länder vertreten hier eine klare Politik der eigenen Interessen. So wählen z.B. die Vereinigten Staaten — eines der klassischen Einwanderungsländer — vor allem herausragende Wissenschaftler, Künstler, Geschäftsleute, Sportler und andere Bewerber mit besonderen Fähigkeiten aus. Niemand hat in Deutschland aber bisher den Mut besessen, in vergleichbarer Form auch die Frage unserer eigenen Interessen zu diskutieren. Auch dies hätte jedoch zu geschehen, bevor an ein Gesetz über Zuwanderung überhaupt zu denken ist. ■

## Materialien der Senioren-Union

Unser Leben



● **Unser Leben. Erfahrene — Dynamische — Senioren —**

Mitgliederwerbeprospekt der Senioren-Union

Bestell-Nr.: 2426

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 17,50 DM

● **Sicher und zufrieden im Alter, Faltblatt**

Bestell-Nr.: 2972

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 20 DM

● **Aufkleber: Erkennungszeichen**

Bestell-Nr.: 9080

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 15 DM

● **Rahmenplakat der Senioren-Union**

Format: DIN A1

Bestell-Nr.: 8119

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 25 DM



# Senioren Union

CDU

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**

**Postfach 1164**

**33759 Vermold**

**Fax: (054 23) 4 15 21**

**Achtung: die aktuellen Preise für Schaukasten und Zubehör gelten nur noch bis 31. März**

**Informationen bei Tag und Nacht. Schaukasten und Wandzeitung — ideale Partner zur Information der Bürger**

Das geht alle CDU-Verbände an, denn gerade auf kommunaler Ebene sind Schaukästen und Wandzeitungen für die CDU ein unentbehrliches Kommunikationsmittel für ein breitgestreutes Publikum.

**Auf zwei Dinge kommt es an**

Für den Erfolg Ihres Schaukastens sind zwei Dinge besonders wichtig, der Standort und die Aktualität Ihrer Informationen. Ein guter Standort ist naturgemäß immer der, an dem besonders viele Passanten

vorbeikommen. Optimal ist ein Standort, an dem die Passanten sowieso stehen bleiben müssen, z. B. in der Nähe einer Halte-Station.

● **CDU-Schaukasten**

Informationskasten in wetterfester Ausführung aus Aluminium mattsilber, eloxiert, mit magnethaftender Rückwand und 20 Magneten. Die nach unten zu öffnende Sichtscheibe besteht aus 4mm bruchsicherem Acrylglas und hat eine Sichtfläche von 84 x 69 cm.

Maße: Rahmentiefe 7 cm  
Außenmaße 100cm x 85 cm  
Preis: 415 DM zzgl. MwSt.

● **Schaukasten-Ständergarnitur**

Ständergarnitur für Freiaufstellung mattsilber eloxiert, einschließlich Befestigungsmaterial.

Profilstärke: 80 x 40 mm  
Länge 250 cm  
Preis: 170 DM zzgl. MwSt.

● **Schaukasten-Beleuchtungsgarnitur**

Beleuchtungsgarnitur einschließlich Spezial-Leuchtstoffröhre und Befestigungsmaterial

Preis: 100 DM  
zzgl. MwSt.



Bestellungen an:  
**CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information**  
Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
53113 Bonn  
oder per Fax:  
0228/544-372

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN

## Aktuell für die kalte Jahreszeit:



### ▲ Winter-Schal

Bestell-Nr.: 9362  
Verpackungseinheit:  
5 Expl.  
Preis je 5 Expl.:  
DM 47,25

### ► Eiskratzer

Bestell-Nr.: 9890  
Mindestabnahme:  
100 Expl.  
Preis je 100 Expl.:  
DM 69



# UiD

5/1995

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 5307-189. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 56,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.